

Weilburger Tageblatt.

(Anzeiger für Weilburg und Umgegend)

Amtsblatt der Stadt Weilburg • In sämtlichen Bürgermeistereien des Oberlahnkreises gehalten

Seignepreis: Erscheint an jedem Werktag und kostet abgeholt monatlich 70 Pfg., bei unseren Abnehmern monatlich 80 Pfg., vierteljährlich durch die Post ohne Bestellgeld M. 2.40.

Verantwortlicher Schriftleiter: J. S. Albert Pfeiffer, Weilburg.
Druck und Verlag: S. Dipper & M. S., Weilburg.
Telephon Nr. 24.

Inserate: die einspaltige Garmondzeile 15 Pfg., haben bei der großen Verbreitung des Blattes nachweislich den besten Erfolg. Inseraten-Aannahme: Kleinere Anzeigen bis 8 Uhr morgens, größere tagvorher.

Nr. 103.

Freitag, den 3. Mai 1918.

57. Jahrgang.

Die Wahlrechtsdebatten im Preussischen Abgeordnetenhaus.

Berlin, 1. Mai.

Abg. Lohmann (natl.): Ich spreche nur für die Hälfte meiner Fraktion. (Heiterkeit.) Wir halten uns für verpflichtet, die Gründe unserer Haltung für alle Zeit darzulegen. Wir halten fest an unserem Widerstand gegen die Vorlage der Regierung. (Bravo rechts.) Wir haben Sorgen und Befürchtungen für unser politisches Leben, wenn die Vorlage Gesetz wird. Wir befürchten von ihr eine Überflutung unseres öffentlichen Lebens durch die Sozialdemokratie. Daß das Reichstagswahlrecht in Preußen radikaler als im Reich wirken muß, ist außer Zweifel. Dazu kommt der Einfluß der Polen als Oppositionspartei, wodurch die Macht der Sozialdemokratie verstärkt wird. (Sehr richtig! rechts.) Wenn die Zahl der sozialdemokratischen Wähler wie bisher anwächst, müssen wir in absehbarer Zeit mit einer sozialdemokratischen Mehrheit rechnen. Nach der Vorlage wird, wenn man die Fortschrittliche Volkspartei hinzurechnet, auf 192 Abgeordnete zu rechnen sein, was der absoluten Mehrheit nahekommt. Ich tue der Fortschrittlichen Volkspartei wohl kein Unrecht, wenn ich sie der Sozialdemokratie nahestelle. (Heiterkeit rechts.) Das haben die letzten Reichstagswahlen gezeigt. Die Sozialdemokratie ist noch ein so starker Brotergeber der Fortschrittlichen Volkspartei, daß diese bei ihrer Politik auf die Wünsche der Sozialdemokratie weitgehende Rücksicht nehmen müssen. Die Regierung glaubt nicht an den Radikalismus der Sozialdemokratie. Auch wir hoffen, daß ein großer Teil der sozialdemokratischen Wähler nach dem Kriege andere Wege gehen wird als die Herren Hoffmann und Genossen. Ob das aber dem Wachstum der Sozialdemokratie Abbruch tun würde, ist eine andere Frage. Je weniger die Sozialdemokratie die religiösen und nationalen Gefühle der Arbeiterklasse versteht, desto stärker wird der Einfluß werden. Die Sozialdemokratie wird auch wirtschaftlich eine für den Staat unmögliche Politik treiben. Dazu kommt die Rückwirkung des gleichen Wahlrechts auf die Politik der Bundesstaaten und Gemeinden. Die kleinen Bundesstaaten wie die Hansestädte werden sich dem Einfluß Preußens nicht mehr entziehen können zum Schaden ihrer wirtschaftlichen Stellung. Jetzt sind wir schon so weit, daß die Sozialdemokratie, das Zentrum und die Fortschrittler das gleiche Wahlrecht auch für die Gemeinden verlangen. Wird die Staatsregierung sich dem widersetzen? (Heiterkeit rechts.) Dazu kommen die Sorgen um die Ostmarkenpolitik. Je bedürfnisloser jetzt die polnische Bevölkerung ist, desto mehr wird sie später der Sozialdemokratie anheimfallen. Bisher schon ist der Übergang des Grundbesitzes in polnische Hand stärker gewesen als bei der deutschen Hand. Die Vorlage der Regierung wird die Macht des Polentums stärken. Wie will die Regierung das hindern, wie will sie ihre Anstiedlungspolitik aufrecht erhalten? Aber selbst wenn die Geldfrage keine Rolle spielte, wo will sie den Grund und Boden hernehmen? Glaubt die Regierung etwa, in diesem Haus künftig ein Verkaufsrecht erlangen zu können? In dieser Beziehung würde auch das Pluralwahlrecht in der Tat keinen Schutz gewähren. Es würde alles von der Haltung der Fortschrittlichen Volkspartei abhängen, und man stünde also vor der Frage, die ganze Anstiedlungspolitik fallen zu lassen. (Sehr richtig! rechts.) In den Kreisen der katholischen und evangelischen Kirche herrscht große Besorgnis vor der Tätigkeit eines neuen Abgeordnetenhauses unter dem gleichen Wahlrecht. Eine Auflösung des Hauses würde einen Wahlkampf von großer Erregung bringen. Den möchten wir doch vermeiden, und deshalb haben wir unseren Vermittlungsantrag eingebracht, der eine sachliche Annäherung an die Regierungsvorlage bedeutet. Die Besorgnis wegen Einschränkung der Freizügigkeit halte ich nicht für begründet. Der Ministerpräsident hat unseren Antrag auch nicht direkt abgelehnt. Ich hoffe auf seiner Grundlage immer noch auf eine Verständigung. Man wird uns vorwerfen, daß wir aus diesem Kriege nichts lernen. Das ist unbegründet. Wir wissen sehr wohl, daß dieser Krieg dauernde Folgen für unser Volk hinterlassen wird. Wir haben in diesem Kriege die Notwendigkeit der allgemeinen Arbeitspflicht erkannt, und das muß nach dem Kriege zur Geltung kommen. Wir müssen auch der Arbeiterklasse in jeder Weise steuerlich und auf dem Gebiet des Bildungsbedürfnisses in jeder Weise entgegenkommen. Man darf uns auch nicht als Wahlreformgegner bezeichnen, da wir von den geforderten zehn Einheiten acht bewilligen wollen. Wir sind in einer läßlichen Lage. (Heiterkeit links.) Wir werden als Gegner des Wahlrechts bezeichnet, und dazu kommen

die Verhältnisse in unserer Fraktion. Das Zentrum ist in der gleichen Lage. Die Staatsregierung will bei Ablehnung der Vorlage auf der Anwendung der verfassungsmäßigen Mittel bestehen. In früheren Zeiten hat die Regierung anders gedacht. Herr von Bethmann Hollweg hat seinerzeit ausdrücklich gesagt, daß dem Königsmort durch die Vorlegung der Wahlreform Genüge geschehen sei, und die Regierung bereite sich vor, darauf zurückzukommen. Die Frage, ob die Regierung vor Erlass der letzten Botschaft den König unterrichtet, hat von der Möglichkeit, eine Wahlreform in diesem Hause auf Grund des Pluralwahlrechts zu machen, hat der Stellvertreter des Ministerpräsidenten gestern bejaht und damit eine Antwort gegeben, die keine Hörner und keine Zähne zu haben scheint. Ich nehme an, daß er sagen wollte, daß der König unterrichtet wurde und daß nicht die Parteien selbst, sondern einzelne Vertrauensmänner der Fraktionen sich dahin geeinigt hätten. Ist das der Fall, so erübrigt sich, auf die Frage weiter einzugehen. Je enger die Entwicklungsmöglichkeit eines Staates ist, desto weniger radikal darf sein Wahlrecht sein. Wir befürchten von der Einführung des gleichen Wahlrechts die schwersten Erschütterungen. Wir wollen diese Kämpfe aber nicht verschärfen, indem wir unseren politischen Gegnern falsche Motive unterschieben. Preußen wird auch unter dem gleichen Wahlrecht nicht untergehen. Wir wünschen aber auch, daß ihm seine Fortentwicklung nicht zu schwer gemacht wird. Wir hoffen, daß es bald zu einer neuen Blüte zurückkehren wird. Wir wünschen, daß Preußen auch weiter sei eine Stätte derucht und Tüchtigkeit, der Kultur und wirklichen Freiheit, die aber nicht gewährleistet wird durch die Demokratie. Das ist unser heftigster Wunsch in dieser Schicksalsstunde. (Beifall rechts.)

Minister des Innern Dr. Drews: Wir stehen in einem Kampf politischer Meinungsverschiedenheiten scharfster Art. Es ist unser aller Pflicht, dahin zu wirken, daß dieser Kampf in loyalen Formen durchgeführt wird und daß man auch anderen Auffassungen gerecht wird. Der Vizepräsident des Staatsministeriums hat gestern die Frage des Abg. v. Heydebrand hinsichtlich des Kompromisses über ein neues Wahlrecht klar bejaht. Was nun die Stellung der Regierung zu dem Wort des Königs betrifft, so sehen wir uns, als wir das Amt übernehmen, der Lage gegenüber, daß die Allerhöchste Botschaft ergangen war. Wir waren alle überzeugt, daß die Lage der Dinge es unbedingt erfordere, daß wir für die Vorlage des gleichen Wahlrechts mit aller Energie und mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, eintreten müssen. Das Staatsministerium schöpfte die Überzeugung aus der politischen Lage, daß das gleiche Wahlrecht durchgebracht werden müsse. Das ist die Überzeugung ehrlicher Männer. Der Antrag Lohmann ist unannehmbar für die Regierung, weil auch darin das plutokratische Element zum Ausdruck kommt. In den Ostmarken wird unter allen Umständen auch unter dem gleichen Wahlrecht das Deutschtum gefördert werden. Gemeindevahlrecht und Staatswahlrecht sind zwei verschiedene Dinge, die nach verschiedenen Gesichtspunkten gelöst werden müssen. Wenn sie das gleiche Wahlrecht ablehnen, dann geben Sie der Sozialdemokratie den besten Agitationsstoff. Der Ministerpräsident hat bereits gestern darauf hingewiesen, daß, wenn das gleiche Wahlrecht jetzt abgelehnt würde, später noch ein radikaleres folgen würde (Auf rechts: „Feigheit!“) Ich verbitte es mir ganz energisch, daß mir der Vorwurf der Feigheit gemacht wird. (Bravo links.) Wir fühlen uns verpflichtet, darauf zu bestehen, daß nur das gleiche Wahlrecht dasjenige sein kann, das bei der Änderung des jetzigen Zustandes eingeführt werden kann. (Beifall links, Zischen rechts.)

Abg. Pachnide (F.V.): Wir haben das gleiche Wahlrecht in ganz Süddeutschland, in einigen mitteldeutschen Staaten und im Ausland in kleinen und großen Staaten. Unter dem gleichen Wahlrecht hat Deutschland den Aufschwung genommen, um den uns das Ausland beneidet und der schließlich der Anlaß zu dem Krieg gewesen ist. Unter der Geltung des gleichen Wahlrechts hören Sie (nach rechts gewandt) auf, die regierende Partei zu sein. Ich verstehe den Schmerz, den Sie darüber empfinden, Jedenfalls haben Sie kein Recht, die neue Mehrheit so hinzustellen, als ob sie mit Unvernunft geschlagen sei. Wenn Sie (nach rechts gewandt) sagen, das Volk sei noch nicht reif, so fördern sie damit die Geschäfte der Radikalen und der Unabhängigen. Das Ansehen der Monarchie wird geschädigt, wenn sich herausstellt, daß ein ungeklärter König mehr Einfluß hat, als der gekrönte König. (Sehr richtig, links.) Den Antrag Lohmann lehnen wir ab. Die Ablehnung der Regierungsvorlage würde große Unruhe im Lande her-

vorrufen. Hier, wo es sich um eine Lebensfrage Preußens handelt, ist es Schuldigkeit der Minister, die Zusage der Krone durchzuführen. Das gleiche Wahlrecht kommt, es ist nicht aufzuhalten.

Abg. v. Heydebrand (Konf.) stellt fest, daß aus den Reihen der Konservativen dem Minister des Innern niemand den Vorwurf der Angst oder der Feigheit gemacht hat. Es hat an dieser Stelle ein Konservativer nur gesagt: Auch davor haben wir keine Angst, nämlich vor einem radikalen Wahlrecht.

Abg. Lüdicke (Freit.): Wir sind alle einig in der Überzeugung, daß das gleiche Wahlrecht Preußen nicht zum Segen gereichen wird. Die große Mehrheit meiner Partei wird gegen das gleiche Wahlrecht stimmen, das nach unserer Ansicht den Bestand des preussischen Staates zu gefährden geeignet ist. Was die Zusage der Krone betrifft, so trägt verfassungsrechtlich der Ministerpräsident, der die Kundgebung gegenzeichnet hat, die Verantwortung dafür. Die königliche Willenskundgebung macht uns nicht frei von der Pflicht, gewissenhaft zu prüfen, was wir mit den Interessen Preußens für vereinbar halten können. Wenn die Regierung zur Auflösung des Hauses aufgefordert wird, so erscheint außerordentlich zweifelhaft, ob die preuss. Regierung die Verantwortung auf sich nehmen kann, mitten im Krieg einen Wahlkampf heraufzubeschwören. Wegen der vielen Bedenken gegen das gleiche Wahlrecht haben wir uns für das mehrstimmige Wahlrecht entschieden.

Abg. Hirsch (Soz.): Das Pluralwahlrecht lehnen wir unter allen Umständen ab, weil die Mehrzahl der Wähler dadurch entrechtet wird. Ebenso lehnen wir den Antrag Lohmann ab. Wir verlangen, daß auch den Frauen das aktive und das passive Wahlrecht eingeräumt wird. Wir fordern ferner die Herabsetzung des Wahlalters. Wir wollen das alte Preußen stürzen und ein neues, besseres aufrichten.

Abg. Ströbel (U.-Soz.): Die Regierungsvorlage bedeutet eine unschätzbare Errungenschaft des gleichen Wahlrechts. Durch die in Vorschlag gebrachten Sicherungen gegen das gleiche Wahlrecht würde das Parlament vollendet zur Ohnmacht verurteilt werden. Das Wahlrecht muß auch den Frauen gegeben werden. Die Vorlage ist wertlos. Weiterberatung Donnerstag 11 Uhr. Schluß 4¹/₂ Uhr.

(Rachdruck verboten.)

Vor einem Jahr.

3. Mai 1917. Der an der Arrasfront zwischen Acheville und Queant auf 30 Kilometer Breite von 17 englischen Divisionen angelegte 4. Durchbruchversuch konnte als gescheitert betrachtet werden. Die wiederholt geführten Angriffe der Engländer brachen vor den deutschen Linien und in Gegenstößen zusammen. Nur in Fresnoy konnte der Feind durchdringen. Zwischen Soissons und Reims war die Artillerieschlacht in vollem Gange. Bei Braye sowie am Winterberg brachen mehrere französische Angriffe zusammen. Im Monat April blühten die Gegner 362 Flugzeuge und 29 Fesselballone ein.

Der Krieg.

Großes Hauptquartier, 2. Mai. (W. B. Amtlich.)

Weltlicher Kriegsplan:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

An den Schlachtfeldern ist die Lage unverändert. Der Artilleriekampf war im Abschnitt des Kemmelberges gesteigert. Auch zwischen Somme und Luce-Bach, bei Montdidier, Bassigny und Royon lebte er vielfach auf. Im übrigen blieb die Gefechtsintensität auf Erkundungen beschränkt.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

An der lothringischen Front war die französische Artillerie in den Nachmittagsstunden rege. Kleinere Vorstöße des Feindes wurden abgewiesen.

Ukraine. Vor Sebastopol brachen wir feindlichen Widerstand. Die Stadt wurde am 1. Mai von uns kampflos besetzt.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 2. Mai. (W. B. Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart vom 1. Mai.

Die rege Kampftätigkeit an der Südwestfront hielt auch gestern tagelänger an. An vielen Stellen wurden italienische Erkundungen vereitelt.

Der Chef des Generalstabes.

Vom weltlichen Kriegsschauplatz.

Die französischen Angriffe in Flandern.

Berlin, 1. Mai. (W. B. A.) Auf dem Schlachtfeld in Flandern unternahm der Feind starke Angriffe gegen unsere Stellungen bei Langemark und nördlich des Dorfes Kemmel und vor allem sechsmal hintereinander gegen unsere Linien westlich Dranoeter, die jedesmal unter ungeheuren blutigen Opfern restlos zusammenbrachen. Insbesondere mußten frisch in den Kampf geworfene französische Kräfte bei Dranoeter um Englands Prestige aufs schwerste bluten. Die rücksichtslos durchgeführten Angriffe, die beweisen, wie wichtig für den Gegner die dort verlorenen Stellungen sind, trugen durch ihre Ergebnislosigkeit und ihre kostspieligen Anstürme dazu bei, die von der deutschen Führung beabsichtigte Zerkümmern der feindlichen Heeresmacht zu beschleunigen. Nachdem bereits in der Nacht zum 29. und 30. und am Morgen des 30. April drei starke feindliche Angriffe gegen Dranoeter zum Teil im Gegenstoß abgewiesen worden waren, brach um 10 Uhr 30 vormittags ein neuer starker feindlicher Angriff gegen unsere Linien westlich Dranoeter vor, der im frontalen und flankierenden Vernichtungsfeuer schon vor den deutschen Infanteriestellungen zerschellte. Um 4 Uhr 30 Nachmittags setzte schlagartig aus neue starkes Artilleriefeuer zwischen Bruloose und westlich Dranoeter ein. Dem starken Feuer folgte um 5 Uhr 15 Nachmittags ein tief gegliederter feindlicher Angriff, der ebenfalls unter schweren feindlichen Verlusten abgeschlagen wurde. Trotz den wiederholten Mißerfolgen gab der Franzose seine verzweifelten Angriffsversuche nicht auf, sondern trat an der gleichen Stelle gegen 10 Uhr abends nochmals mit starken Kräften zum Sturm an. Wiederum brach dieser nach schweren Blutopfern des Feindes vor den deutschen Linien zusammen. Der 30. April brachte den eingelegten frischen Divisionen des Generals Foch eine schwere Niederlage.

Der Kampf zur See.

Berlin, 2. Mai. (W. B. A.) Im westlichen Mittelmeer versenkte neuerdings ein U-Boot, Kommandant Kapitänleutnant Gising, bei schwerem Wetter 5 Dampfer, zusammen etwa 26 000 Br.-R.-T. Alle Dampfer waren gesichert, 4 von ihnen tief beladen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 2. Mai. (W. B. A.) Über die Aufnahme der für die letzten amtlichen englischen Angaben, die wir über den Stand der Schiffsraumfragen drüben gefunden haben, gibt folgende Blätter aus englischen Zeitungen Aufschluß. Der Economist vom 23. 3. bezeichnet die von Geddes mitgeteilten Zahlen als unvollständig und weit davon entfernt, die ganze Riste der Gewinne und Verluste zu geben. Der Statist vom 23. 3.: Geddes sagt der Öffentlichkeit nicht, was sie wissen will, und deshalb ist das Gefühl des Mißbehagens nicht beseitigt. Wir trauen ihnen nicht, die uns misstrauen, wir glauben, daß unsere Behörde dumm, schlecht unterrichtet und für ihren Posten ungeeignet ist. National Commerce vom 22. 3. wirft Geddes vor, verstelltes Ziel zu treiben. Die Art und Weise, in der die amtlichen Darstellungen Schiffe aufzählen, werden einem die Frage aufdrängen, ob wir es hier mit absoluten Zahlen zu tun haben, ob die Staatsmänner, unsere allmächtigen Gesetzgeber, uns alle Tatsachen enthüllen. Sie setzen uns in jeder Beziehung Fragen vor, statt Tatsachen und Ziffern über Schiffe. Times vom 20. 3. faßt die gegenwärtige Lage in dem Satz zusammen, daß der vorhandene Schiffsraum weit hinter den Bedürfnissen der Nation zurückbleibt. Der Schiffsraummangel macht sich im Leben eines jeden von uns bemerkbar und die Lösung der Aufgabe wird täglich schwieriger. Heute, die die Lage kennen, sind der Überzeugung, daß jeder Versuch die unglücklichen Folgen haben kann. Die „Sunday Times“ vom 17. 3.: Unser Mangel an Schiffsraum hat den Gefahrpunkt erreicht. Unsere Versorgung leidet, ja selbst unsere Eisenbahnen befinden sich sehr bald in einer kritischen Lage. Dieser Mangel stellt die militärische Kraft des Verbandes ernstlich in Frage.

Gärung in der Ukraine.

Berlin, 1. Mai. (W. B. A.) In letzter Zeit machte sich in Kiew eine scharfe Agitation bemerkbar, die sich anscheinend gegen den deutschen Einfluß in der Ukraine richtete. Unsere Bemühungen, Ordnung zu schaffen, erfuhren von der Regierung eine völlig ungenügende Unterstützung, die außerdem keinerlei Maßnahmen traf, um die Frühjahrsausfaat und die dadurch bedingte Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen zu sichern. Feldmarschall von Eichhorn sah sich deshalb nach Einvernehmen mit dem Kaiserlichen Vorkommando Fehrn. v. Mumm genötigt, einen Befehl über die Ausführung der Frühjahrsbefestigung zu veröffentlichen, der in der ukrainischen Presse entstellte wiedergegeben wurde, was Verwirrung im Lande und in der Rada einen Protest hervorrief. Es ergaben sich sogar Anzeichen, daß Mitglieder der Regierung selbst sich der Aktion gegen uns beteiligten. Unter diesen Verhältnissen gewann die willkürliche Verhaftung des Direktors der russischen Bank Dobry eine besondere Bedeutung. Dieser wurde ohne hinreichende Erklärung im Namen des Bundes zur Befreiung der Ukraine in seinem Quartier überfallen und weggeschleppt. Zu Hilfe gerufene Milizsoldaten weigerten sich, ihn zu schützen; sein Aufenthalt ist zur Zeit noch unbekannt. Dobry war als ukrainischer Finanzfachverständiger mit den deutschen Mitgliedern der Wirtschaftskommission in enge Fühlung getreten und hatte sich große Verdienste um die sachgemäße Zusammenarbeit mit der deutschen und österreichischen Delegation erworben. Außerdem liefen Nachrichten um, daß weitere Verhaftungen folgen sollten. Zugleich mehrten sich die Anzeichen für den Verdacht, daß die Verhaftung von Mitgliedern von der Regierung selbst ausgegangen war. Dieser Entwicklung der Dinge konnte das deutsche Oberkommando nicht ruhig

zusehen. Der Gewaltakt bedeutete den Wiederbeginn der Anarchie, und die Regierung hatte sich als zu schwach erwiesen, die Rechtsicherheit in Kiew zu schützen. Feldmarschall v. Eichhorn verfügte daher im Einverständnis mit dem Kaiserlichen Vorkommando Fehrn. v. Mumm zur Sicherung der Stadt Kiew besondere Maßnahmen, die im wesentlichen auf die Einsetzung von Militärgerichten und strenge Bestrafung allgemeiner Verbrechen und Androhung schwerer Strafen gegen jede Störung der öffentlichen Ordnung abzielten. Inzwischen war die Untersuchung des Falles Dobry bereits einem deutschen Militärgericht übertragen worden. Sie führte u. a. zu der Verhaftung des Kriegsministers Schukowski, des Abteilungschefs im Ministerium des Innern Dajewski, der Frau des Ministers Tschchenko, des Kommandanten der Stadtmiliz Bogazki und des Abteilungschefs im Ministerium des Äußern Djubinski. Die Untersuchung wird fortgesetzt.

Lotales.

Weilburg, 2. Mai.

† Das Eisenerz wurde verliehen: Dem Kanonier Wirbelauer aus Waldhausen, bei einem Ref.-Feldart. Regiment. — Schützen Aug. Lied aus Kirchhofen, bei der 1. Masch.-Gewehr-Komp. eines Inf.-Landst.-Bataillons. — Wilhelm Geis aus Böhnberg, bei einer Junker-Abteilung.

† Fürs Vaterland gestorben: Christian Thiel aus Blesfenbach. — Ehre seinem Andenken! O Dem Gefreiten Koch vom hiesigen Offizier-Gefangenenlager wurde das „Großh. Hessische Kriegsehrenzeichen“ verliehen.

□ Herrn Lehrer Welten in Merenberg wurde das „Verdienstkreuz für Kriegshilfe“ verliehen. er. Die im hiesigen „Altersheim“ untergebrachte 82jährige Witwe Wilhelmine Köppler geb. Mai stürzte sich gestern nachmittag vom sog. „Kirchhofstufen“ und blieb tot auf einem Vorsprung liegen. Mit großer Mühe wurde die Leiche geborgen und in die Friedhofskapelle gebracht.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 2. Mai. (W. B. A.) Nichtamtlich.) Das Abgeordnetenhaus hat heute den sozialdemokratischen Antrag auf Wiederherstellung des § 3 der Regierungsvorlage, der das gleiche Wahlrecht vorsieht, mit 235 gegen 183 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen abgelehnt. § 3 des Kommissionsbeschlusses, der das Mehrstimmenwahlrecht vorsieht, wurde in namentlicher Abstimmung mit 235 gegen 183 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Vorausichtige Witterung für Samstag, 4. Mai.

Stellenweise Morgennebel, sonst heiter und trocken, tagsüber ziemlich warm.

Evangelische Kirche. Sonntag, den 5. Mai (Hagare) predigt vormittags 10 Uhr: Hosp. Scheerer. Lieder: Nr. 2 und 22. Kinder Gottesdienst. Lied: Nr. 75 der Kinderharfe (128 des Gesangbuchs). — Nachmittags 2 Uhr: Christenlehre der weiblichen Jugend durch Pfarrer Möhn. Lied: Nr. 234. — Die Amtswoche hat Hosp. Scheerer.

Katholische Kirche. Samstag abend 5 Uhr: Weichtgelegenheit. — Sonntag 7 Uhr: Weichtgelegenheit; 8 Uhr: Frühmesse; 9½ Uhr: Hochamt mit Predigt; 2 Uhr: Andacht.

Werktags heil. Messe um 6½ Uhr; Montags und Donnerstags um 8 Uhr. Abends 8 Uhr: Matianacht.

Synagoge. Freitag abend 8.15, Samstag morgen 9.—, Samstag mittag 5.—, Samstag abend 9.40.

Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Weilburg.

Fleischausgabe.

In dieser Woche gelangt

Fleisch und Wurst

zur Ausgabe.

Der Verkauf findet Samstag, von 9 bis 2 Uhr, statt.

Weilburg, den 3. Mai 1918.

Der Magistrat. Fleischverteilungsstelle.

Samstag, den 4. Mai, von nachm. 3—6 Uhr, geben wir im südlichen Rathauskafé

Speisefett

Einheit 31 Pf.

an hiesige Familien unter Vorlage der Fettkarten ab und zwar von

3—4 Uhr Nr. 1—300,
4—5 „ „ Nr. 301—600,
5—6 „ „ Nr. 601 bis Schluß.

Die Abgabe erfolgt genau in der oben angegebenen Zeit. Wegen Mangel an Kleinigkeit bitten wir dringend die Beträge abgezählt bereit zu halten.

Weilburg, den 3. Mai 1918.

Der Magistrat: Städt. Lebensmittelstelle.

Die **Gewerbesteuerrolle** für das Steuerjahr 1918 liegt vom 3. Mai d. J. ab, 8 Tage lang am Stadtbüro, Nr. 4, zur Einsicht der Beteiligten offen. Es ist nur den Steuerpflichtigen des Veranlagungsbezirks die Einsicht in die Rolle gestattet.

Weilburg, den 2. Mai 1918.

Der Magistrat. J. B. Erlench.

Damen- und Kinderhüte

in jeder Preislage

empfiehlt

Fritz Glöckner jr.,

Weilburg, Mauerstr.

Hüte werden umgearbeitet.

Apollo-Theater.

(Lichtspiele.)

Limburgerstr. 6.

Limburgerstr. 6.

Sonntag den 5. Mai, von nachm. 3 Uhr ab,
Montag den 6. Mai, von abends 8½ Uhr ab:

1. Der Jubiläumspreis. Drama in 4 Akten.
2. Durch Dick und Dünn. Lustspiel in 2 Akten.
3. Fests Geburtstag. Lustspiel in 2 Akten.
4. Müllverbrennungsanstalt der Stadt Altona.

Die Spengler im Oberlahnkreis,

welche noch keine Formulare für die Rohmaterial-Berbrauchsangabe erhalten haben, werden ersucht, dieselben bei mir in Empfang zu nehmen.

Der Vorsitzende

des Kreisverbands für Handwerk und Gewerbe.
E. Schäfer.

Zwecks Gründung eines Hausbesitzer-Vereins

werden die hiesigen Hausbesitzer zu einer am **Samstag den 11. Mai, abends 8½ Uhr, im „Hotel Nord“** stattfindenden Versammlung ergebenst eingeladen.

Um allseitiges Erscheinen wird dringend gebeten.

Weilburg, den 2. Mai 1918.

Die Beauftragten:

Verneiser, Glöckner, Prof. Ottmann, Bütger.

Oberförsterei Merenberg zu Weilburg.

Mittwoch, den 8. Mai, von 10 Uhr ab, kommen in der Wirtschaft von **Wilhelm Schneider zu Obersbach** aus dem Schutzbezirk Obersbach, Distr. 11 Schützenwald, 14 Kleine Schen, 16 Hainbuchenberg, 18—20 Scheuernberg, 23 Epichewald, 25 Wehrholz, 28 Kapitänswald, 32, 33, Kallborn, 35 Hermannskopf u. Totalität zum Verkauf: **Eichen:** 8 Stämme mit 3,5 fm (Distr. 19, 25, 32, 33, 35.) 3 Stangen 1r Kl., 10 rm Knüppel, 2 Hdt. Wellen; **Buchen:** 37 Stämme 5r Kl. (Distr. 8) Belbeswald 13 Std. mit 6,9 fm, Distr. 28 und 33) mit 12 fm, 511 rm Scheit, 456 rm Knüppel, 43 rm Reiserknüppel, 16 Hdt. Wellen; **Nadelholz:** 9 Lärchenstämme, (Distr. 23) mit 4,9 fm, 86 Fichten u. Kiefern mit 20,8 fm, 11,2 Hdt. Stangen 4r bis 6r Kl., 4 rm Scheit, 37 rm Knüppel.

Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Weilburg.

Gruppen

auf Bezugsabschnitt 19, Einheit 125 Gramm, können die Familien in denjenigen Geschäften abholen, wo sie die letzten bezogen haben. Der Preis beträgt für das Pfund 35 Pf. Bezugsabschnitte sind von den Geschäftsinhabern abzutrennen.

Der Magistrat. Lebensmittelstelle.

Denjenigen hiesigen Einwohnern, welche Brennholz (Scheit, Knüppel und Reiser) bei uns bestellt und im Harnisch zugewiesen erhalten haben, wird Gelegenheit gegeben, dasselbe unter Führung unseres Försters, Herrn Schönwetter, am **Montag, den 6. Mai, nachmittags 2 Uhr, an Ort und Stelle in Augenschein zu nehmen.** Treffpunkt: Neue Saatschule.

Weilburg, den 2. Mai 1918.

Der Magistrat. J. B. Erlench.

Ein tüchtiges braves Mädchen

welches in allen Hausarbeiten erfahren, in ein Geschäftshaus aufs Land sofort gesucht. Zu erst. l. d. Beschf. u. 1311.

Ein in Küche und Hausarbeit erfahrene

Fräulein,

welches auch im Vorlesen geübt ist, sucht Frau Pfarrer Manger. Dillenburger. Wilhelmstr. 8.

Die Anfuhr von Brennholz übernimmt B. Moser jr. Adolfsstr. 6.

Platin, Holzbrandstoffe etc., M. 7.70 d. Gr., sowie künstl.

Gebisse kauft

wenn auch entwei, mit wenigstens je 8.40, evtl. 21 Mk. und im voraus unbegrenzt höher, die amtliche Ankaufsstelle, Firma

Gustav Horst, gegr. Nürnberg 1894 Köln

Montag, d. 6. Mai, nur von 9—1 Uhr hier Hotel „Deutsches Haus“ 1. St. Zimmer 2. Bitte auf unsere Firma zu achten!

Rechnungen

Vorrätig in

S. Zipper, G. m. b. H.